Die „Volksbefragungskampagne“ der Friedensbewegung: Neue Aktionsformen des Protests und ihr Mobilisierungspotential

1. Soziale Bewegungen und neue Formen politischer Partizipation

Seit Ende der 60er Jahre hat sich in den Formen der politischen Partizipation in der Bundesrepublik ein tiefgreifender Wandel vollzogen. Zum Parteiensystem, in dem sich politische Willensbildungsprozesse hauptsächlich vollziehen, sind Bürgerinitiativen und übergreifende soziale Bewegungen hinzugetreten. In zunehmendem Maße werden neben Wahlen auch „unkonventionelle“ Formen der Einflußnahme genutzt: Lag z.B. die Zahl der Demonstrationen bis 1974 unter 2.000 pro Jahr, so betrug sie 1978 knapp 3.000, 1981 rund 5.500 und 1983 9.237. Gleichzeitig steigen die Teilnehmerzahlen bei Großdemonstrationen. Den bisherigen Höhepunkt bildet das Jahr 1983, als rund 1,3 Millionen Menschen die Abschlußkundgebung der Friedensbewegung im Oktober besuchten¹.

Nicht nur werden die bisher angewendeten Protestformen von mehr Bürgern häufiger genutzt; es hat sich auch die Art der eingesetzten Mittel gewandelt. Eine Ausweitung des unkonventionellen Handlungsrepertoires auf der Kollektivebene ist unverkennbar. Diese ist eng mit der Entwicklung der neuen sozialen Bewegungen verknüpft und kennzeichnet den Versuch, durch Anwendung neuer Mittel einen Mobilisierungsschub zu bewirken und den Einfluß auf Öffentlichkeit und Regierungen auszuweiten². Deutlich wird diese Entwicklung vor allem an der Friedensbewegung, der bisher größten unter den neuen sozialen Bewegungen. Standen am Anfang Großdemonstrationen im Vordergrund, so kamen später neue Aktionsformen – wie Menschenketten, Fastenaktionen, Mahnwachen oder Manöverbehinderungen – hinzu. Im Gefolge dieser Ausweitung ist auch die „Volksbefragung“ der Friedensbewegung zu sehen, welche im Zusammenhang mit der Europawahl am 17. Juni 1984, ein halbes Jahr nach Beginn der Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen, durchgeführt wurde.

Wie kaum eine andere Aktion der Friedensbewegung ist die Volksbefragung in der öffentlichen Bewertung kontrovers. Die einen sehen sie als Beleg für breite Nachrüstungsgegnerschaft, andere als Beleg für die Akzeptanz der Nachrüstung. Für *Jo Leinen*, Sprecher des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung, sind das Abstimmungsergebnis und die abgegebene Stimmenzahl entscheidend. Mit 88 Prozent Ablehnung der Stationierung bei einer Beteiligung von rund 5 Millionen seien die Mehrheitsverhältnisse klar, der ungebrochene Wille einer Bevölkerungsmehrheit auch

¹ Angaben nach Statistiken des Bundesinnenministeriums; zur Entwicklung des Demonstrationsgeschehens in der Bundesrepublik vgl. *K. H. Reuband*, An den Frieden gewöhnt. Gewalt ist nicht die Regel bei öffentlichem Protest, in: DIE ZEIT, Nr. 18 vom 27.4.1984, S. 11.

² Zur Innovation von Aktionsformen und der Entwicklung sozialer Bewegungen vgl. *D. McAdam*, in: *American Sociological Review*, 48, 1983, S. 735 ff.

nach Stationierungsbeginn dokumentiert³. Andere nehmen die Beteiligungsquote von 58 Prozent unter den erreichten „Europawählern“ als Maßstab und sehen die Situation skeptischer: Angesichts der noch vor Stationierungsbeginn durchgeführten Umfragen mit einer Nachrüstungseggenschaft von rund zwei Drittel bis drei Viertel sei die Beteiligungsquote unerwartet niedrig. Wieder andere kommen zu noch negativeren Beurteilungen: etwa dort, wo die Gesamtzahl der Wähler oder gar der Wahlberechtigten als Bezugsgröße zugrunde gelegt und der Anteil der Nachrüstungseggner so nur noch auf rund ein Zehntel beziffert wird⁴.

Im folgenden soll die „Volksbefragungskampagne“ der Friedensbewegung im Hinblick auf den Mobilisierungserfolg und ihre Aussagekraft untersucht werden. Im Gegensatz zu den üblichen Protestveranstaltungen vermögen wir auf verschiedene, für die Bundesrepublik repräsentative Umfragen zurückzugreifen, mit denen das Mobilisierungspotential für diese Aktionsform ziemlich genau bestimmt werden kann. Drei Fragen interessieren uns besonders: Wie groß war das Mobilisierungspotential? Welche Faktoren nahmen auf die Teilnahmequote Einfluß? Wie ist das Abstimmungsergebnis zu werten?

2. Ziel und Organisation der Volksbefragung

Die Idee reicht in die Zeit vor Stationierungsbeginn zurück. Erstmals wurde sie auf einer Aktionskonferenz der Friedensbewegung im Juni 1983 erwogen. Gedacht war an eine offizielle Volksbefragung; der entsprechende Antrag der GRÜNEN wurde im Herbst 1983 im Bundestag eingebracht und von der Mehrheit der Parlamentarier – einschließlich denen der SPD – verworfen. Es entstand in einem Folgeschritt der Plan einer „selbstorganisierten“ Befragung, der schließlich im Februar 1984 von einer Aktionskonferenz der Friedensbewegung mit knapper Mehrheit beschlossen wurde. Sowohl die GRÜNEN als auch die Autonomen waren dagegen. Den einen erschien die Gefahr zu groß, das eigene Aktivitätspotential dafür zu stark zu binden; den anderen war die Kampagne nicht radikal genug. Und viele fürchteten, man könne diese Aktion organisatorisch schlecht bewältigen – es würde in einem Fiasko für die Friedensbewegung enden⁵.

³ Interview mit *Jo Leinen*, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 1.7.1984, S. 8; ähnlich *K. Scherenberg*, Eindeutige Mehrheit gegen Raketen, in: Vorwärts, 28.6.1984. Der Abstimmungstext lautete: „Ich lehne die Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auf dem Boden der Bundesrepublik ab. Ich fordere die Bundesregierung auf, den sofortigen Stop der Stationierung und den Abbau der bereits bestehenden Mittelstreckenraketen durchzusetzen. Damit soll der Stop (Einfrieren) der atomaren Rüstung sowie Abrüstungsschritte in Ost und West – insbesondere aller in Europa stationierten und auf Europa gerichteten Mittel- und Kurzstreckenraketen – eingeleitet werden. Ich schließe mich dem Volksbefragungstext an: Ja/Nein.“

⁴ DER STERN vom 13.9.1984, S. 149 f.; Kölner Stadtanzeiger vom 19.6.1984, S. 17. Wie groß hier die Verwirrung auch in den Medien ist, welche mit der Friedensbewegung sympathisieren, zeigt sich in der alternativen „Tageszeitung“, in der über die Abstimmung unter der Schlagzeile „58 Prozent gegen Raketen“ berichtet wurde (19.6.1984, S. 1).

⁵ Zur Entwicklungsgeschichte vgl. die Tageszeitung vom 14.6.1984, S. 5 und 13.2.1984, S. 1;

In der Geschichte der Bundesrepublik hat es Anläufe zu dieser Form des Protests schon mehrfach gegeben. Als es in den 50er Jahren um die Wiederbewaffnung ging, kam es nicht nur zu Demonstrationen, sondern auch zu Forderungen nach einer Volksabstimmung. Als diese im Parlament nicht durchzusetzen war, wurden Versuche zu einer selbstorganisierten Volksbefragung bis zu ihrem Verbot unternommen⁶. Relativ zur historischen Erlebnisperiode der Beteiligten ist die Aktionsform der Volksbefragung jedoch neu. In den 50er Jahren zuletzt angewandt, gehört sie nicht mehr in das biographische Erleben der jetzigen Generation von Aktivisten. Neu ist sie außerdem in bezug auf die Geschichte der Friedensbewegung der 80er Jahre, der neuen sozialen Bewegungen überhaupt. Bislang waren Demonstrationen Hauptbestandteil des eingesetzten Repertoires. Wenn die These stimmt, wonach immer dann einer Bewegung ein Mobilisierungsschub gelingt, wenn neue Aktionsformen in das Handlungsrepertoire eingeführt werden⁷, müßte der Volksbefragung eine wichtige Rolle zukommen.

Die Begrenztheit der Aktion war den Initiatoren von Anfang an bewußt: Es könne nicht darum gehen, eine Mehrheit der Bevölkerung zu erreichen. Es könnten nur Abstimmungen in bestimmten ausgewählten Bereichen „exemplarisch“ durchgeführt werden. Die Aktion habe nicht den Charakter eines Plebiszits – so *Jo Leinen* vom Bundesverband Bürgerinitiativen/Umweltschutz –, sondern den einer Demonstration. Die Volksbefragung sei kein Ersatz für eine nach wie vor geforderte offizielle, konsultative Volksbefragung.

Mehrere Ziele wurden mit der Volksbefragung verknüpft: Der Bevölkerungswille und die Weiterexistenz der Friedensbewegung sollten deutlich gemacht, die fehlende Legitimierung der Bundesregierung in dieser Frage und mit der Durchführung der Aktion der anhaltende Widerstand dokumentiert werden. Zweite Zielsetzung – mitunter als erste genannt – war es, weitere Menschen und neue gesellschaftliche Gruppen in die friedenspolitische Auseinandersetzung einzubeziehen. Man hoffte, Menschen ansprechen und gewinnen zu können, die bisher nicht zu Demonstrationen und erst recht nicht zu Blockaden kämen. Als Vorteil gegenüber den bisherigen Demonstrationen wurde gesehen, daß man dezentral, auch in kleinen Orten, als Friedensbewegung auftreten könne. Es böte sich eine „geeignete Einstiegsmöglichkeit“, um Menschen mit bloßer Sympathie für die Friedensbewegung langfristig stärker einzubinden. Die örtlichen Friedensinitiativen würden durch die Aktion „neu belebt“, womöglich gar verbreitert werden. Bei der Aktivierung würden Diskussionen entstehen und damit Möglichkeiten, für die eigenen Ansichten und die Mitarbeit zu werben. Schließlich könne mit der Volksbefragung zudem ein „Bindeglied“ zwischen den Aktionen des Frühjahrs und denen des Herbstes geschaffen werden. Damit wird –

Fortsetzung Fußnote 5

Frankfurter Rundschau vom 20.2.1984, S. 3; *R. Vogt*, „Konsultieren Sie das Volk!“ Über die Haltung der GRÜNEN zur Konsultativen Volksbefragung, in: *J. Leinen* (Hrsg.), *Volksbefragung. Keine Raketen – mehr Demokratie*, Berlin 1984, S. 104–108.

⁶ Vgl. dazu *K. A. Otto*, *Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik*, in: *R. Steinweg* (Hrsg.), *Unsere Bundeswehr?* Frankfurt 1981, S. 52–105.

⁷ Vgl. dazu *D. McAdam*, a.a.O. (Anm. 2).

mehr implizit als explizit – der Notwendigkeit sozialer Bewegungen Rechnung getragen, Kontinuität und Perspektiven in die eigene Arbeit zu bringen⁸.

Als Termin für die Aktion der Friedensbewegung wurde der 17. Juni gewählt, weil an einem bundesweiten Wahltag relativ leicht viele Millionen Menschen einbezogen werden können und weil Befragungsstände vor den Wahllokalen leichter zu organisieren sind als flächendeckende Befragungen von Haus zu Haus überall in der Bundesrepublik. In der Tat hatten „Mini-Volksbefragungen“, einige Monate früher an Universitäten durchgeführt, nur eine recht geringe Beteiligungsquote erbracht.

Rund 150.000 ehrenamtliche Helfer sorgten nach Angaben des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung bei der Europawahl schließlich vor 18.000 Wahllokalen für die Organisation der Befragung. In der Regel hatte man Abstimmungstische bereitgestellt, auf denen – hinter einer Sichtblende – für oder gegen die Raketenstationierung gestimmt werden konnte. In einigen Fällen, in denen das Aufstellen von Tischen untersagt worden war, zog man mit „Umhängeurnen“ und „Bauchläden“ vor den Wahllokalen auf. Angesichts der z.T. pessimistischen Bewertung der Aktion in der Friedensbewegung und der Nichtbeteiligung zentraler Gruppen zeigt sich in dieser Zahl von Helfern ein erhebliches Potential, auf das sich die Bewegung personell stützen kann und das sie zu aktivieren vermag. Eine organisatorisch bemerkenswerte Leistung liegt auch in der Zahl von 18.000 erfaßten Wahllokalen. Bei ca. 57.000 Wahllokalen ist dies rund ein Drittel. Mit dieser Zahl von einem Drittel stimmen unabhängige Schätzungen durch Infas auf der Basis ausgewählter, repräsentativer Wahlbezirke überein, die zur Hochrechnung der Abstimmungsergebnisse benutzt wurden⁹.

3. Mobilisierungspotential und Teilnahmebereitschaft

Mobilisierungserfolge können nicht absolut, sondern nur relativ zum Mobilisierungspotential gesehen werden. Dieses ist nicht, wie vielfach mißgedeutet, mit der Zahl jener Personen identisch, welche das Ziel der Bewegung teilen oder die Bewegung selbst positiv bewerten. Es ergibt sich vielmehr in bezug auf die Bewertung des jeweils

⁸ Zu den offiziell verkündeten Zielen vgl. *J. Leinen*, Die Zukunft der Friedensbewegung, sowie *K. Scherenberg*, Was ist zu tun? Praktische Vorschläge zur Durchführung der Kampagne Volksbefragung, beide in: *J. Leinen* (Hrsg.), Volksbefragung. Keine Raketen – mehr Demokratie, Berlin 1984, S. 3–34. Vgl. auch die Tageszeitung vom 13.2.1984, S. 2; Koordinationsausschuß der Friedensbewegung: Leitfaden zur Organisation der Kampagne Volksbefragung '84, Bonn 1984; Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, Rundbrief Nr. 1, März 1984.

⁹ Die Zahl von 18.000 entstammt einer Pressemitteilung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung vom 18.6.1984. Die Zahl von 57.000 Wahlbezirken stammt vom Statistischen Bundesamt. Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes kann man die Zahl der Wahllokale in etwa mit der Zahl der Wahlbezirke gleichsetzen. Gewisse Abweichungen in der einen oder anderen Richtung dürften sich in etwa ausgleichen: In einigen Fällen waren mehrere Wahlbezirke an einem gleichen Abstimmungsort (z. B. einer Schule) zusammengefaßt. In einigen Fällen wurde – vor allem in NRW – ein Wahlbezirk mit mehreren Wahllokalen abgedeckt. Zur Schätzung durch Infas vgl. Infas, Europawahl 1983, Bonn–Bad Godesberg 1984, S. 132.

eingesetzten *Mittels* des Protests. So ist die Zahl der Personen, welche der Nachrüstung negativ gegenüberstehen, größer als die Zahl derer, welche Demonstrationen gegen die Stationierung billigen. Und diese ist wiederum größer als die Zahl derer, welche Blockaden gutheißen. Dieses Muster zeigt sich nicht nur im Hinblick auf die hier interessierende Frage des Nachrüstungsprotests; es gilt ganz allgemein unabhängig von der jeweiligen inhaltlichen Frage. Vorstellungen über die Effektivität der Mittel, deren gesellschaftlich akzeptierten und legalen Charakter gehen ebenso in die Bewertung mit ein wie Stereotypen über den Ablauf des Geschehens und den Kreis der beteiligten Personen¹⁰.

Wie verhält es sich mit der Bewertung der Volksbefragung als Mittel direkter politischer Partizipation? Daß eine Mehrheit der Bevölkerung plebiszitären Partizipationsmechanismen positiv und aufgeschlossen gegenübersteht, ist aus Umfragen seit längerem bekannt. 1973 fragte z.B. Infas, ob man Entscheidungen in „wichtigen politischen Fragen“ den Parteien oder den Bürgern selbst in einer „Volksabstimmung“ überlassen sollte. 63 Prozent sprachen sich für eine Volksabstimmung aus, 22 Prozent wollten weiterhin die Parteien als Sachwalter politischer Entscheidungen sehen, 15 Prozent waren unentschieden. 1978 fragte das Sample-Institut – mit etwas anderer Formulierung –, ob bei „grundlegenden, jeden einzelnen betreffenden Reformen“ ein „Volksentscheid“ sinnvoll wäre oder nicht. Wiederum optierten 63 Prozent für die direkte Form politischer Einflußnahme. Welche Einstellung man gegenüber einer Volksabstimmung hat, scheint dabei von den sozialen Merkmalen und der eigenen Parteipräferenz weitgehend unabhängig zu sein. Minimale Unterschiede bestehen allenfalls beim Alter: Je älter man ist, desto stärker lehnt man diese Form der Partizipation ab¹¹. Hierin mögen sich z.T. Generationsunterschiede – die Erfahrungen mit Volksabstimmungen in der Weimarer Republik – niederschlagen. Vermutlich geht aber auch das allgemeine Vertrauen in die etablierte politische Entscheidungsfindung und in die Politiker hier mit ein, Alters- und Generationeneffekte nehmen Einfluß.

Gerade die breite Akzeptanz plebiszitärer Elemente in Form direkter Volksabstimmungen trifft in der politikwissenschaftlichen Literatur nicht selten auf kritische Kommentare. Kern der bundesdeutschen Demokratie ist die repräsentative Form. Manche Autoren sehen diese als die einzig legitime, „eigentliche“ und plebiszitäre Demokratie als Verstoß gegen das Grundprinzip. Aus dieser Sicht werden Forderungen nach plebiszitären Entscheidungsformen mitunter zu antidemokratischen, „anarchistischen“ Tendenzen hochstilisiert¹². Indes sind plebiszitäre Elemente der bundes-

10 Zur differenzierten Bewertung von Mitteln des Protests in der Nachrüstungsfrage vgl. *K. H. Reuband*, Die Friedensbewegung vor und nach den „Aktionswochen“ im Herbst 1983. Eine empirische Untersuchung zum Meinungswandel der Bevölkerung, in: *Vorgänge*, Nr. 67, 1984, S. 20; generell zur Bewertung verschiedener Protestformen *S. H. Barnes, M. Kaase et al.*, *Political Action*, Beverly Hills und London 1979.

11 Vgl. *R. Ermrich*, Basisdaten. Zahlen zur sozioökonomischen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Bonn–Bad Godesberg 1975, S. 596; Sample-Institut, Pressemitteilung vom 10.4.1978.

12 *R. Hofmann*, Demokratie zwischen Repräsentation und Anarchie, in: *Zeitschrift für Politik*, 31, 1984, S. 131.

deutschen Grundordnung durchaus nicht fremd. Sie sind in Form von Volksbegehren und Volksentscheiden in etlichen Landesverfassungen verankert, und es wurde von Seiten der *etablierten* Parteien – einschl. der CDU/CSU – mehrfach davon Gebrauch gemacht^{12a}. Mit der mehrheitlichen Akzeptanz plebiszitärer Partizipationsformen in der Bevölkerung tut sich mithin weder ein Gegensatz zu verfassungsrechtlichen Bestimmungen noch zu der – auf Länderebene möglichen – Praxis auf. Pauschal von einem abweichenden oder fehlerhaften Demokratieverständnis zu sprechen, ist daher nicht ohne weiteres zulässig. Was sich in den Antworten offenbar andeutet, ist der Eindruck, nur bedingt durch die Politiker und das Parlament vertreten zu sein. Direkte Demokratie wird als eine Art Korrektiv empfunden¹³.

Angesichts des vorherrschenden Meinungsbildes ist es kein Wunder, daß Volksbefragungen auch im Fall der Nachrüstung eine mehrheitlich positive Bewertung in der Bevölkerung erfahren. Mißt man die Einstellung zur Volksbefragung im Kontext anderer Formen unkonventioneller politischer Partizipation, so schneidet sie in der Bevölkerungsmeinung recht günstig ab. Im August 1983 vermochten 77 Prozent „Verständnis“ für Unterschriftensammlungen als Form des Protests der Friedensbewegung aufzubringen, 75 Prozent für eine Volksbefragung, 71 Prozent für friedliche Demonstrationen. Mißt man die Bewertung der Volksbefragung im Kontext von Regierungs- und Parlamentsentscheidungen, so wird sie gar als sinnvollste Strategie beurteilt: Die Mehrheit der Bundesbürger würde eine offiziell durchgeführte Volksbefragung einer Entscheidung ausschließlich durch Regierung oder Parlament vorziehen. Im August/September 1983 – noch vor dem eigentlichen Beginn der Protestaktionen und vor dem Stationierungsbeschluß des Parlaments – plädierten 58 Prozent für eine Volksbefragung, 23 Prozent sprachen sich für eine Entscheidung allein durch die Bundesregierung, 19 Prozent für eine namentliche Abstimmung im Bundestag aus¹⁴. Werte, die eine hohe Zustimmung zur Volksbefragung als Mittel der Willensäußerung indizieren, sagen etwas über globale Einstellungen, nicht aber über Handlungsdisposi-

12a Vgl. dazu K. G. Troitzsch, *Volksbegehren und Volksentscheid*, Meisenheim 1979, bes. S. 86, 97 ff., 105 f.

13 Zur Wahrnehmung der eigenen Interessendurchsetzung durch die Politiker vgl. Institut für Demoskopie, *Allensbacher Berichte* Nr. 4, 1984; zur Problematik, Mehrheitsmeinungen in entsprechendes Wahlverhalten umzusetzen, vgl. K. H. Reuband, *Mehrheitsmeinungen und Wahlentscheidung*, in: *Gegenwartskunde*, 1985 (erscheint demnächst). Die Frage, wie sinnvoll plebiszitäre Elemente sind, kann nicht apodiktisch aus juristischen Grundsätzen abgeleitet werden und mit tautologischen Motivzuschreibungen, wie z. T. bei Hofmann. Es bedarf einer eingehenden sozialwissenschaftlichen Analyse. Vgl. dazu mit jeweils unterschiedlichen Positionen: B. Guggenberger und C. Offe, *Grenzen der Mehrheitsdemokratie*, Opladen 1984; H. Sabner, *Sozialer Wandel und Konsens. Zur Legitimitätsproblematik des Mehrheitsprinzips*, in: H. Hattenbauer und W. Kaltefleiter (Hrsg.), *Mehrheitsprinzip, Konsens und Verfassung*, Heidelberg 1984.

14 Zur Tolerierung verschiedener Protestformen vgl. die Umfrage des Sample-Instituts, abgedruckt in: *Planung und Analyse*, 11, 1984, S. 186. Gefragt wurde hierbei auch nach der eigenen Aktivitätsbereitschaft – nur bleibt unklar, ob diese als ehrenamtlicher Helfer oder als Teilnehmer an der Abstimmung gemeint ist. Aus diesem Grunde kann man die Angaben dazu nicht verwerten. Zur Bewertung im Kontext parlamentarischer Entscheidung vgl. SINUS, *Sicherheitspolitik, Bündnispolitik und Friedensbewegung* (Untersuchung im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung), München 1983, S. 49.

tionen aus. Sobald man stärker die inhaltliche Billigung und die Bereitschaft zur Teilnahme erfaßt, reduziert sich der Anteil der zustimmenden Befragten. Wie sehr dies der Fall ist, belegt eine Übersicht, in der alle uns verfügbaren Umfragen zur Volksbefragung zusammengestellt sind.

Nach dem Verständnis für eine Volksbefragung im Kontext verschiedener Aktionsformen der Friedensbewegung gefragt, kommt man auf einen Anteil von drei Vierteln, der sich dafür aufgeschlossen zeigt. Wird generell – *ohne* Nennung der Friedensbewegung – ermittelt, ob eine Volksbefragung durchgeführt werden sollte, so erhält man fast ähnlich hohe Werte. Explizit begrüßen würden sie dagegen schon weniger. Nach Intensität der Meinung differenziert – „begrüßen, ablehnen oder wäre egal“ –, zeigen rund die Hälfte der Bundesbürger eine positive Haltung, explizite Ablehnung 20 Prozent. Kurz vor der Europawahl und der geplanten Volksbefragung fragte Infas noch einmal nach der Bereitschaft zur Beteiligung an der Volksbefragung einer „bundesweiten Initiative“. „Sicher“ wollten sich danach 19 Prozent beteiligen, 28 Prozent „eventuell“ – zusammen also knapp die Hälfte der Befragten.

Auf den ersten Blick mag dieser ganz erhebliche Rückgang der zustimmenden Antworten zur Volksbefragung als Ausdruck reiner Willkür erscheinen. Doch bei näherem Hinsehen ergeben sich methodische und substantielle Eigenheiten, welche die Variationen zu erklären vermögen. Ein Grund könnte in der Perspektive liegen, welche durch die verschiedenen Fragen bei den Befragten ausgelöst werden: Viele Befragte mögen eine Volksbefragung allgemein – nicht notwendigerweise für sich persönlich – als sinnvoll erachten. Sie könnten in der Volksbefragung ein Mittel der Beruhigung und endgültigen Klärung der Meinungsverhältnisse sehen und sie aus diesem Grunde global befürworten. Ein zweiter Grund liegt in den unterschiedlichen Frageakzentuierungen: In den Fragen zum „Verständnis“ geht es in erster Linie um eine Tolerierung verschiedenartiger Aktionsformen; der einzelne wird den Kontrast eher zwischen unfriedlichen und friedlichen Aktionen setzen, statt über die Wünschbarkeit zu befinden. In den Fragen zur „Billigung“ wird die Friedensbewegung als Veranstalter nicht erwähnt; mancher Befragte wird hier an eine *offizielle* oder zumindest staatlich legitimierte Volksbefragung denken. Daß die Frage, in der explizit eine offizielle Durchführung angesprochen ist, mit 58 Prozent Befürwortung den Befunden der anderen Fragen aus dieser Zeit nahekommt, in denen dieser Hinweis unterbleibt, könnte ein Hinweis für die Gültigkeit dieser Vermutung sein. Bei den Fragen zur Teilnahmebereitschaft wird diese Möglichkeit einer offiziellen Legitimierung dagegen explizit ausgeschlossen: Es geht um eine selbstorganisierte Befragung ohne Verpflichtungscharakter für Parlament und Regierung. Die Werte fallen dementsprechend niedrig aus. Als dritter Grund kommen Ereignisse in der Zeit zwischen den Umfragen in Betracht. Sie könnten die ohnehin schon durch die Frageformulierungen gegebenen Tendenzen verstärkt haben. Als im August/September in den Umfragen nach Verständnis, Befürwortung oder Billigung gefragt wurde, hatte es den Antrag der GRÜNEN im Bundestag auf Durchführung einer Volksbefragung noch nicht gegeben. Er wurde erst im Oktober 1983 gestellt und von der Mehrheit des Parlaments abgelehnt. Somit wird in den frühen Umfragen bei manchem Befragten noch die Hoffnung auf eine offizielle, zumindest staatlich gebilligte Befragung bestanden

Tabelle: Einstellung zur Volksbefragung und Teilnahmebereitschaft (in Prozent)

	Verständnis (Aug. 83) ¹		Sinnvoll (Juli 83) ²		Begrüßen (Aug. 83) ³		Befürwortung (Aug./Sept. 83) ⁴		Begrüßen (Sept. 83) ⁵		Beteiligung (Mai/Juni 84) ⁶		
	Ja		Ja		Ja		Ja		Ja	Nein	Sicher	Evtl.	Gar nicht
Insgesamt	75		72		65		58		52	20	19	28	51
Geschlecht													
Männer	75		69		65		—		48	23	21	24	53
Frauen	75		74		66		—		56	18	17	31	50
Bildung													
Volksschule o. Lehre	73		74		63		—		49	16	11	26	59
Volksschule m. Lehre	73		69		65		—		58	19	13	29	56
Mittelschule	80		76		69		—		48	25	27	28	40
Abitur	77		67		65		—		70	20	34	25	40
Alter													
-24		82		82		70	—		*	*	33	36	30
25-34			*	*			—		*	*	25	31	41
35-49	*		*	*	*		—		*	*	19	29	50
50-64	*		*	*	*		—		*	*	16	23	60
65+	*		*	*	*		—		*	*	8	22	66
Parteipräferenz													
CDU/CSU	—		58		—		46		40	28	11	24	63
SPD	—		82		—		69		63	13	23	33	42
FDP	—		55		—		50		33	54	13	36	51
GRÜNE	—		95		—		86		93	6	70	17	13

Frageformulierung und Umfragebeschreibung

- 1 „Die Friedensbewegung hat für den Herbst Protestmaßnahmen gegen die eventuelle Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen angekündigt. Für welche Formen von Protestaktionen hätten Sie Verständnis? ... Volksbefragung ...“. Erhebungsinstitut: Sample, N = 2000 Befragte ab 14 Jahren. Quelle: Planung und Analyse, 11, 1984, Heft 1, S. 186.
- 2 „Sollte in einer Volksbefragung festgestellt werden, ob die Bürger der Bundesrepublik für oder gegen die Stationierung neuer Raketen sind oder sollte eine solche Befragung nicht durchgeführt werden?“. Erhebungsinstitut: MARPLAN, N = 982 Befragte ab 18 Jahren. Quelle: Forschungsgruppe Wahlen/ZDF: Tabellenauszug zur Politbarometer-Befragung vom Juli 1983.
- 3 „Würden Sie es begrüßen, wenn nach einem eventuellen Scheitern der Genfer Verhandlungen eine Volksbefragung darüber stattfinden würde, ob amerikanische Mittelstreckenraketen in unserem Land stationiert werden sollten?“. Erhebungsinstitut: Sample, N = 2000 Befragte ab 14 Jahren. Quelle: Planung und Analyse, 11, 1984, Heft 1, S. 186.
- 4 „Über die Aufstellung neuer amerikanischer Atomraketen in der Bundesrepublik wird Ende dieses Jahres entschieden werden. Wer darüber entscheiden soll, darüber gibt es verschiedene Ansichten. Welcher Ansicht stimmen Sie zu? (A) Die Entscheidung über die Stationierung der Raketen sollte von der *Bundesregierung* allein getroffen werden. (B) Die Entscheidung sollte im *Bundestag* durch namentliche Abstimmung aller Abgeordneten getroffen werden. (C) Vor Entscheidung über die Stationierung der Raketen sollte die Bundesregierung eine *Volksbefragung* aller wahlberechtigten Bürger durchführen lassen.“ Erhebungsinstitut: SINUS/Infrastrat, N = rd. 1600 Befragte ab 18 Jahren. Quelle: SINUS, Sicherheitspolitik, Bündnispolitik, Friedensbewegung (Untersuchung im Auftrage der Friedrich-Ebert-Stiftung), München 1983, S. 49.
- 5 „Das Problem der Nachrüstung ist ja bei Politikern und in der Bevölkerung umstritten. Würden Sie eine Volksbefragung zur Entscheidung dieses Problems begrüßen – würden Sie eine Volksbefragung ablehnen – oder wäre Ihnen das egal?“. Erhebungsinstitut: EMNID, N = 1022 Befragte ab 14 Jahren. Quelle: Umfrage für die Sendereihe „Thema des Monats“ des Westdeutschen Fernsehens (WDF).
- 6 „Anlässlich der Europawahl am 17. Juni 1984 will eine bundesweite Initiative eine selbstorganisierte Volksbefragung zur Raketenstationierung in der Bundesrepublik durchführen. Diese Befragung findet außerhalb der Wahllokale statt, und ihr Ergebnis ist für Bundestag und Bundesregierung nicht bindend. Werden Sie sich an dieser Volksbefragung sicher, eventuell oder gar nicht beteiligen?“. Erhebungsinstitut: Infas, N = 1479 Befragte ab 18 Jahren. Quelle: Infas; Europawahl 1984, Bonn – Bad Godesberg 1984, S. 133, sowie unveröffentlichte Daten.

Anmerkung zum Tabellenaufbau

Aufgeführt sind jeweils nur die für die Analyse wichtigsten Angaben. Die nicht aufgeführten setzen sich bei Frage 1-4 aus Ablehnung und fehlenden Werten, in Frage 5 und 6 lediglich aus fehlenden Werten zusammen (wobei diese nicht mehr als 1 Prozent ausmachen). „...“ bedeutet: keine Angaben im vorliegenden Tabellenmaterial enthalten. „...“ bedeutet: andersgeartete Alterskategorisierung in den verfügbaren Tabellen, daher hier ausgelassen.

haben. Im Mai/Juni, als dann die Frage direkt zur Teilnahmebereitschaft gestellt wurde, war aufgrund der Ereignisse und der Frageformulierung diese Hoffnung zerstoßen.

4. Gruppenspezifische Teilnahmebereitschaft

Nur ein Teil derer, die sich positiv zur Volksbefragung geäußert haben, ist nach den zitierten Umfragedaten auch noch kurz vor der Aktion zur Teilnahme bereit. Würde es sich um eine eher zufällige Auswahl aus der Gesamtheit der Bundesbürger handeln, so wären die Auswirkungen für das Abstimmungsergebnis trivial. Das Ergebnis würde das Meinungsspektrum der Bevölkerung angemessen abbilden. Nach den vorliegenden Befunden ist dies jedoch nicht der Fall: Die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme ist nicht gleichmäßig, sondern *verschieden* über die unterschiedlichen Kategorien von Personen verteilt. Frauen sind etwas eher bereit als Männer, Befragte mit höherer Bildung eher als Personen mit niedrigerer Bildung, Jüngere eher als Ältere. Genau in die gleiche Richtung verläuft die Nachrüstungsgegnerschaft. Damit wirkt sich die differentielle Teilnahmebereitschaft zugunsten eines Abstimmungsergebnisses *gegen* neue Raketen aus.

Kommt auch die Einstellung zur Nachrüstung als intervenierender Mechanismus zwischen Gruppenzugehörigkeit und Teilnahmebereitschaft in Frage, so scheinen doch die soziodemographischen Korrelationen darauf allein nicht reduzierbar. Ebenso wenig wirkt sich die Einstellung zur Volksbefragung – weder global als Mittel politischer Willensäußerung noch spezifisch zur Raketenfrage – darauf aus. Die Beziehungen sind zu den sozialen Merkmalen schwächer als im Fall der Teilnahmebereitschaft. So steigt zwar mit zunehmendem Alter die Ablehnung einer Volksbefragung an, die Prozentpunktdifferenzen liegen im Schnitt jedoch geringer als die Zahlen zur Beteiligungsbereitschaft. Im Fall der Bildung ergibt sich gar erst eine Beziehung, wenn man die Teilnahmebereitschaft als abhängige Variable wählt¹⁵. Offenbar kommen zusätzliche Einflußfaktoren mit ins Spiel. Die Tatsache, daß es bei der Volksbefragung um keine offizielle, sondern eine „selbstorganisierte“ der Friedensbewegung geht, mag dabei von besonderer Bedeutung sein: Die Teilnahme wird dadurch zu einer *unkonventionellen*, von der Regierung und den meisten Parteien mißbilligten Form politischer Partizipation. Unkonventionelle Formen aber werden vor allem von den jüngeren und den besser Gebildeten gebilligt und praktiziert. Ihre größere Teilnahmebereit-

15 So bestehen nach einer Umfrage, die im August/September 1983 durchgeführt wurde, zwischen dem Anteil an Nachrüstungsgegnerschaft bei den Befragten mit Volksschulbildung und denen mit Abitur lediglich 9 Prozentpunkte Unterschied, zwischen den Befragten unter 19 und denen über 65 Jahren 11 Prozentpunkte. Vgl. K. H. Reuband, Issueorientierung und Nachrüstungsprotest, in: J. W. Falter, C. Fenner und M. Th. Greven (Hrsg.), Politische Willensbildung und Interessenvermittlung, Opladen 1984, Tab. 1, S. 593. In der EMNID-Umfrage für den WDF begrüßen 57 Prozent der 14–19jährigen explizit eine Volksbefragung, 41 Prozent der über 60jährigen (16 Prozentpunkte Differenz). Nimmt man die „sichere“ Beteiligung in der hier abgedruckten Tabelle als Indikator, so ergeben sich zwischen der obersten und untersten Bildungsgruppe rund 23 Prozentpunkte Unterschied, zwischen der jüngsten und der ältesten Gruppe 25 Prozentpunkte.

schaft mag so zum Teil Folge ihrer generalisierten Neigung sein, unter Umständen auch wider die etablierte Praxis politischer Partizipation zu handeln¹⁶.

Die Wahrscheinlichkeit, mit der die Befürwortung der Volksbefragung in konkrete Teilnahmebereitschaft umgesetzt wird, ist in den vorliegenden Umfragen auf Individualebene und für den gleichen Zeitpunkt nicht berechenbar. Man kann die Umsetzungschance jedoch auf der Aggregatebene ansatzweise schätzen, indem man die jeweiligen Spaltenangaben zueinander in Beziehung setzt. Mit Ausnahme des Alters, für das wir keine vergleichbar kategorisierten Angaben besitzen, ist dies für Geschlecht, Bildung und Parteipräferenz möglich. Dann zeigt sich: Männer setzen ihre Einstellung etwas eher um als Frauen, besser Gebildete eher als schlechter Gebildete. Bezieht man die Kategorie der „eventuellen“ Teilnahme mit ein, so bleibt das Muster im Fall der Bildung bestehen, im Fall der Geschlechtszugehörigkeit werden die Unterschiede eingeebnet. Das mag ein Hinweis dafür sein, daß die Stärke des politischen Interesses und die traditionellen Erwartungen politischer Kompetenz das Muster mit prägen, man sich in Übereinstimmung mit den eigenen Ansichten eher zu handeln verpflichtet sieht, gleichzeitig aber die Einstellung zur Nachrüstung einen zusätzlichen Einfluß ausübt. So sind Frauen zwar im allgemeinen politisch weniger interessiert und weniger aktiv im politischen Handeln; sie setzen sich aber – wie alle Umfragen zur Nachrüstung zeigen – etwas häufiger als die Männer gegen die Nachrüstung ein. Diese Gegentendenz könnte die Ursache dafür sein, daß sie auf der Ebene der „eventuellen“ Teilnahme wieder aufholen und die Männer sogar überflügeln. Im Fall der Bildung gehen die Beziehungen zum politischen Interesse und der Nachrüstungsopposition parallel, so daß keine analogen Effekte auftreten können.

Am stärksten wirkt sich die Parteipräferenz auf die verschiedenen Fragen zur Volksbefragung aus. Setzt man die Aggregatwerte für „sichere“ Beteiligung mit der expliziten „Begrüßung“ (September 1983) in Beziehung, so kommt man bei der CDU/CSU auf 28 Prozent Umsetzung in Handlung, SPD 37 Prozent, FDP 39 Prozent, GRÜNE 75 Prozent. Daß Anhänger der CDU selbst dann, wenn sie der Nachrüstung negativ gegenüberstehen, seltener als SPD-Wähler oder gar GRÜNE zum Protest bereit sind, ist nicht auf das Phänomen der Volksbefragung beschränkt. Gleiches belegen auch Befunde zur Demonstrationsbereitschaft. Der entscheidende Grund mag darin liegen, daß man sich bei Protest in öffentlichen Gegensatz zur präferierten Partei stellen würde. Es handelt sich um eine „cross-pressure“-Situation, in der widersprüchliche Dispositionen und Einflüsse den Einzelnen in seinem Verhalten hemmen¹⁷. Bemerkenswert hoch erweist sich die Umsetzung bei den Wählern der GRÜNEN – möglicherweise z.T. Folge ihrer überproportional hohen Bildung und ihres jugendlichen Alters¹⁸.

16 Vgl. dazu generell *H. Barnes, M. Kaase et al.*, a.a.O. (Anm. 10).

17 Zur reduzierten Demonstrationsbereitschaft der CDU-Nachrüstungsgegner vgl. *K. H. Reuband und P. Uttitz*, Protest gegen Raketen. Die Nachrüstungsgegner und ihre Demonstrationsbereitschaft, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 34, 1984, S. 736–740. Zum *Lazarsfeld'schen* Cross-pressure-Konzept vgl. u.a. *B. Berelson, W. McPhee und P. F. Lazarsfeld*, *Voting*, London 1954.

18 Eine größere Bereitschaft der GRÜNEN, sich für ihre Vorstellungen zu engagieren, zeigen auch andere Untersuchungen. Vgl. *E. Noelle-Neumann*, Linksgewirkt, in: *Capital*, 9, 1982, S. 109 ff.

Die gruppenspezifische Teilnahmebereitschaft sagt aus, welche Kategorien von Personen sich innerhalb des Abstimmungsgebiets überproportional häufig an der Volksbefragung beteiligen wollen. Sie zielt auf intentionale Beteiligung und Nichtbeteiligung. Nichtintentionale Ausfälle aus Sicht der potentiellen Teilnehmer ergaben sich, wenn in kompletten *Stimmbezirken* und Regionen – etwa bei ungenügender Organisation auf seiten der Friedensbewegung oder Verboten durch die kommunalen Gremien – keine Möglichkeit der Stimmabgabe bestand. Dem Bürger in dieser Region war in diesem Fall – selbst bei großer Teilnahmebereitschaft – eine Abstimmung verwehrt. Ausfälle dieser Art hat es sowohl zugunsten als auch zuungunsten der Nachrüstungsgegnerschaft gegeben. Man kann annehmen, daß es vor allem in jenen Regionen der Friedensbewegung unmöglich war, die Befragung zu organisieren, die dünn besiedelt sind, in denen der Nachrüstungsprotest relativ gering war und nicht zuletzt deswegen lokale Friedensinitiativen nicht existieren¹⁹. Andererseits gab es von seiten der Behörden auch Verbote und Auflagen: Die meisten kamen aus Nordrhein-Westfalen, die wenigsten aus Bayern²⁰. Angesichts der unterschiedlichen politischen Präferenzmuster in diesen Ländern – eher SPD auf der einen, eher CSU und Nachrüstungsbeifürwortung auf der anderen Seite – kann von einem „Ausfall“ zugunsten der Nachrüstungsgegner nicht gesprochen werden. Vermutlich haben sich die regionalen Ausfälle zugunsten und zuungunsten der Friedensbewegung und des Nachrüstungsprotests im großen und ganzen ausgeglichen. Wenn es eine Verzerrung durch differentielle Beteiligung gibt, dann wird sie in erster Linie über die *individuelle* Abstimmungsbeurteilung gewirkt haben.

5. Teilnahmequote und Abstimmungsergebnis

Nach Angaben des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung nahmen rund 5,2 Millionen Menschen an der Volksabstimmung teil. Bezogen auf die Europawähler in den jeweils erfaßten Stimmbezirken sei das ein Anteil von 58 Prozent – eine bemerkenswert hohe Quote, wenn diese Zahl zutrifft²¹. Selbst wenn man einräumt,

Fortsetzung Fußnote 18

Zur sozialstrukturellen Verankerung der GRÜNEN siehe H. Fogt und P. Uttitz, Die Wähler der GRÜNEN 1980–1983: Systemkritischer neuer Mittelstand, in: ZParl 15. Jg. (1984), H. 2, S. 210–226.

19 Nach eigenen Umfragen gibt es eine leichte Tendenz, die Nachrüstung in kleineren Gemeinden eher zu bejahen. Der Effekt ist aber schwach und dürfte keine nennenswerten Auswirkungen haben. Einen gewissen Ausgleich zum Fehlen lokaler Friedensinitiativen könnte die Beteiligung der Jusos und von DGB-Organisationen gehabt haben. Kraft Organisation eher vor Ort vertreten, könnten sie für Abstimmungsmöglichkeiten gesorgt haben.

20 Frankfurter Rundschau vom 8.6.1984, S. 4; Interview mit J. Leinen, a.a.O.

21 Die Angaben von 58 Prozent entstammen einer Pressemitteilung des Koordinationsausschusses der Friedensbewegung vom 18.5.1984. Sie basieren auf den jeweils an den Abstimmungsstellen erfaßten Zahlen. Würde man von einem Drittel Beteiligung ausgehen und sich auf die Zahl der abgegebenen Stimmen bei der Europawahl abzüglich der Briefwähler (von 11 Prozent) beziehen, so würde die Ausschöpfungsquote sogar noch ansteigen. Weil der Einzugsbereich der Wahlbezirke jedoch ungleich ausfällt und dieser als Maßstab gewählt werden muß,

daß der Anteil der politisch Aktiven unter den Wählern der Europawahl etwas höher ausfällt als in der Gesamtbevölkerung, dürfte der Kreis der Teilnahmebereiten nicht allzuviel größer sein, als es die Zahlen für die Gesamtbevölkerung kurz vorher indiziert hatten (19 Prozent „sichere“ Teilnahme an der Volksbefragung und 28 Prozent „eventuelle“ – zusammen also 47 Prozent). Offenbar ist es der Friedensbewegung gelungen, selbst die Personen zur Stimmabgabe zu bewegen, die ihr zunächst reserviert, aber prinzipiell aufgeschlossen gegenüberstanden. Daß ein derartiges Handlungspotential existiert, haben die in der Tabelle ausgewiesenen Zahlen für Akzeptanz, Tolerierung und Verständnis hinreichend gezeigt.

Die Abweichung der Beteiligungsquote von der vorher erklärten dezidierten Abstimmungsbereitschaft („sicher“) macht die – oft unterschätzte – Komplexität von Handeln, vor allem die Bedeutung von Motivation *und* Situation als Handlungsdeterminanten deutlich: Starke Motivation kann folgenlos bleiben, solange nicht die Gelegenheit zur Umsetzung existiert. Schwache Motivation kann durch entsprechende situative Anreize – etwa durch konkrete Aufforderungen zur Teilnahme – ausgeglichen werden. Daß beide Faktoren auf Handeln einwirken und situationsspezifische Faktoren dabei eine durchaus wichtige Rolle spielen, wissen wir auch aus anderen Untersuchungen²².

Variationen in den situationsspezifischen Bedingungen der Volksbefragung gab es in mehrfacher Hinsicht. Zum einen ist die unmittelbare Nähe des Abstimmungsortes zum Wahllokal zu nennen: Je nach Gemeinde waren hier unterschiedliche Vorschriften gültig; je weiter entfernt er lag, desto geringer war die Mobilisierungschance. Zum zweiten ist das Ausmaß an Initiative durch die Repräsentanten der Friedensbewegung zu berücksichtigen: Manche Gemeinden machten zur Vorschrift, die Wähler nicht anzusprechen; andere ließen es den einzelnen frei. Im letzteren Fall dürfte die Bereitschaft der Akteure dazu unterschiedlich groß gewesen sein. Nicht zuletzt wird das Erscheinungsbild und das Auftreten der jeweiligen Vertreter der Friedensbewegung die Bereitschaft zur Stimmabgabe entscheidend geprägt haben: je seriöser der Eindruck, je weniger Attribute einer jugendlichen, alternativen „Gegenkultur“ repräsentiert wurden, desto größer das Ausschöpfen des Potentials²³.

Fortsetzung Fußnote 21

ist die Berechnung auf Abstimmungslokalebene – wie von der Friedensbewegung praktiziert – sinnvoller. Eine potentielle Verzerrung der Schätzung von 58 Prozent könnte sich allerdings ergeben, wenn in nennenswertem Maße Personen von außerhalb des zuständigen Wahlkreises beteiligt waren – dann etwa, wenn in ihrem eigenen Wahllokal keine Friedensinitiative vertreten war und sie deshalb an anderer Stelle abstimmten. Eine derart hohe Motivation, eigens ein anderes Wahllokal zu *suchen* und dort abzustimmen, scheint uns freilich nur für wenige Personen plausibel. Mehrfachabstimmungen an verschiedenen Orten – theoretisch denkbar, weil keine Kontrolle über die abstimmenden Personen bestand – halten wir aus den gleichen Gründen für eher unwahrscheinlich und minimal.

22 Vgl. am Beispiel des Rauschmittelkonsums Jugendlicher *K. H. Reuband*, Wie man zum Drogenkonsumenten wird, in: *Tb. Kutsch* und *G. Wiswede* (Hrsg.), *Drogenkonsum*, Königstein 1980, S. 58–91. Die Notwendigkeit, Handeln als Folge motivations- und situationsspezifischer Faktoren zu erklären, findet sich vor allem bei *P. F. Lazarsfeld* und *W. I. Thomas*. Vgl. z. B. *W. I. Thomas*, *Person und Sozialverhalten*, Neuwied 1965.

23 Dies läßt sich aus Erkenntnissen der Sozialpsychologie ableiten, deckt sich auch mit eigenen – nicht systematisch gesammelten – Impressionen innerhalb eines Kölner Stadtbezirks.

88 Prozent der abgegebenen Stimmen waren gegen die Stationierung gerichtet. Für *Jo Leinen* ist dies angesichts der vielen abgegebenen Stimmen „repräsentativer“ als jede Meinungsumfrage²⁴. Doch Repräsentativität liegt nicht in der Fallzahl; sie liegt in der unverzerrten Repräsentation der Gesamtheit in der Stichprobe. So könnten sich z. B. nur die Gegner der Nachrüstung an der Abstimmung beteiligt haben. Irreführend ist aber ebenso die Neigung einiger Autoren, als Grundlage der Berechnung alle „Europawähler“ oder Wahlberechtigten zu nehmen. Man kann die Berechnung sinnvollerweise nur auf diejenigen beziehen, welche die Gelegenheit zur Stimmabgabe hatten – und das sind die Europawähler, die vor ihrem Wahllokal einen „Abstimmungstisch“ der Friedensbewegung vorfanden.

Nehmen wir an, daß der Kreis jener Wähler, welche in ihrem Stimmbezirk die Gelegenheit zur Stimmabgabe hatten, dem Querschnitt der Bevölkerung in deren politischen Präferenzen in etwa entsprach²⁵. Dann kann man unter Berücksichtigung der Teilnahmequoten die Spannweite des „wahren“ Wertes für Nachrüstungsgegnerschaft bestimmen. Der Maximalwert wird durch das Abstimmungsergebnis – 88 Prozent gegen Stationierung – gebildet. Gesetzt den umgekehrten Extremfall, *alle* Nichtteilnehmer an der Volksbefragung unter den Europawählern wären für die Nachrüstung eingestellt gewesen, dann hätte man unter den Europawählern eine Nachrüstungsgegnerschaft von 51 Prozent (88 Prozent von 58 Prozent Beteiligung). Dies ist der eher unwahrscheinliche Minimalwert: Aus Umfragen wissen wir, daß nicht jeder Nachrüstungsgegner auch der Friedensbewegung positiv gegenübersteht, nicht jeder auch eine Volksbefragung für sinnvoll erachtet²⁶. Man kann daher davon ausgehen, daß selbst unter den Nichtteilnehmern ein durchaus beträchtlicher Anteil von Nachrüstungsgegnern existiert. Der wahre Wert für Ablehnung der Stationierung dürfte mithin zwischen 51 Prozent und 88 Prozent liegen – im Mittel bei rund zwei Dritteln. Damit stimmt er ziemlich genau mit neueren Befunden aus der Umfrageforschung überein. In einer Infas-Umfrage kurz vor der Volksbefragung hatten sich 66 Prozent als Nachrüstungsgegner bekannt, 29 Prozent als Nachrüstungsbefürworter, 5 Prozent hatten keine Meinung²⁷.

Einmal mehr wird mit der Volksbefragung die schon vor Stationierungsbeginn überwiegend negative Haltung der Bevölkerung zur Nachrüstung dokumentiert. Und einmal mehr zeigt sich in der Durchführung der Aktion selbst ein erhebliches, aktivierbares Potential der Friedensbewegung – auf Seiten der ehrenamtlichen Helfer wie auch der Personen, welche sich an der Abstimmung beteiligten²⁸. Ob die ursprüng-

24 Interview mit *J. Leinen*, a.a.O.

25 Vgl. dazu Forschungsgruppe Wahlen, Europawahl, Mannheim 1984; Infas, Europawahl 1984, Bonn–Bad Godesberg 1984.

26 *K. H. Reuband*, a.a.O. (Anm. 10).

27 Infas, Europawahl 1984, a.a.O., S. 135; zu früheren Zeiten vor Stationierungsbeginn vgl. *K. H. Reuband*, Demoskopische Verwirrungen in der Nachrüstungsfrage – was halten die Bundesbürger vom Nachrüstungsbeschluß? In: *Vorgänge*, Nr. 66, 1983, S. 64–80; *ders.*, Ist der sicherheitspolitische Konsens zerbrochen? In: *W. R. Vogt* (Hrsg.), *Militär als Gegenkultur?* Leverkusen 1985.

28 Vgl. Koordinationsausschuß der Friedensbewegung, Rundbrief Nr. 2, Mai 1984, S. 5; *K. Scheberberg*, Eindeutige Mehrheit gegen Raketen, in: *Vorwärts*, 28.6.1984.

lich angezielte breite Sichtbarkeit des Abstimmungsergebnisses, die intensive Kommunikation mit der Bevölkerung und eine Neurekrutierung von Mitgliedern erreicht wurde, kann im einzelnen hier nicht geklärt werden. Folgt man den Berichten einzelner Friedensinitiativen, so hat es zumindest an einigen Orten tatsächlich eine Ausweitung des Mitarbeiterkreises gegeben. Initiativen, die bislang nur aus einer Handvoll Leuten bestanden, konnten ihren „Aktivenstamm“ verdoppeln oder verdreifachen, nachdem sie öffentlich zur Mithilfe bei der Volksbefragung aufgerufen hatten. Gerade in ländlichen Gebieten seien viele neue Unterstützer gewonnen worden²⁹. Für das Außenimage dürfte vor allem entscheidend gewesen sein, daß Angehörige der Friedensbewegung *lokal* als Personen sichtbar wurden. Hatte man sich vorher das Bild aus der Medienberichterstattung zusammengesetzt, so konnte man nunmehr erstmals primäre Eindrücke von Angesicht zu Angesicht sammeln. Gelegentliche Stereotypen über die „Anormalität“ – eingengt auf das Bild von Chaoten und Gewalttätern – könnten dadurch relativiert und abgebaut worden sein – selbst dort, wo keine Diskussionen stattfanden.

Karl-Heinz Reuband

29 Vgl. zur Einstellung der Bevölkerung gegenüber der Nachrüstung, der Friedensbewegung und dem aktivierbaren Handlungspotential *K. H. Reuband*, Die Friedensbewegung nach Stationierungsbeginn, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F), 1985, (erscheint demnächst).